

Militär und zivile Politik

Bearbeitet von
Aurel Croissant, David Kühn

1. Auflage 2011. Buch. XIII, 315 S. Hardcover

ISBN 978 3 486 58705 0

Format (B x L): 17 x 24 cm

Gewicht: 719 g

Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Militärwesen > Nationale und Internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Oldenbourg Verlag

Aurel Croissant, David Kühn

Militär und zivile Politik





Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft

Herausgegeben von
Dr. Arno Mohr

Lieferbare Titel:

Bellers · Kipke, Einführung in die
Politikwissenschaft, 4. Auflage
Benz, Der moderne Staat, 2. Auflage
Bierling, Die Außenpolitik der
Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl.
Croissant · Kühn, Militär und zivile
Politik
Deichmann, Lehrbuch Politikdidaktik
Detjen, Politische Bildung
Detterbeck · Renzsch · Schieren (Hrg.),
Föderalismus in Deutschland
Gabriel · Holtmann, Handbuch
Politisches System der Bundes-
republik Deutschland, 3. Auflage
Gu, Theorien der internationalen
Beziehungen, 2. Auflage
Jäger · Haas · Welz, Regierungssystem
der USA, 3. Auflage
Krumm · Noetzel, Das Regierungs-
system Großbritanniens
Lemke, Internationale Beziehungen,
2. Auflage
Llanque, Politische Ideengeschichte –
Ein Gewebe politischer Diskurse

Naßmacher, Politikwissenschaft,
6. Auflage
Pilz · Ortwein, Das politische System
Deutschlands, 4. Auflage
Rattinger, Einführung in die Politische
Soziologie
Reese-Schäfer, Politisches Denken
heute, 2. Auflage
Reese-Schäfer, Politische Ideenge-
schichte, 2. Auflage
Reese-Schäfer, Politische Theorie der
Gegenwart in fünfzehn Modellen
Riescher · Ruß · Haas,
Zweite Kammern, 2. Auflage
Rupp, Politische Geschichte der
Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl.
Schubert · Bandelow (Hrg.), Lehrbuch
der Politikfeldanalyse 2.0
Schumann, Repräsentative Umfrage,
5. Auflage
Stockmann, Entwicklungspolitik
Tömmel, Das politische System
der EU, 3. Auflage
Wilhelm, Außenpolitik

Militär und zivile Politik

von

Prof. Dr. Aurel Croissant

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

und

David Kühn, M.A.

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Oldenbourg Verlag München

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Lektorat: Anne Lennartz, Kristin Beck
Herstellung: Constanze Müller
Titelbild: thinkstockphotos.de
Einbandgestaltung: hauser lacour
Gesamtherstellung: Druckhaus „Thomas Müntzer“ GmbH, Bad Langensalza

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-58705-0

Vorwort

Dieses Buch bietet eine Einführung in die theoretische und empirisch-vergleichende politikwissenschaftliche Erforschung zivil-militärischer Beziehungen. Unter dem Begriff der zivil-militärischen Beziehungen fassen wir die Interaktionen zwischen den Streitkräften und den zivilen Akteuren, Organisationen und Einrichtungen des politischen Systems. Der theoretische, analytische und empirische Fokus unserer Betrachtungen liegt auf dem Prozess und Zustand der zivilen Kontrolle als einem Teilaspekt des Verhältnisses von Militär und Politik.

Die Frage ob, wie und unter welchen Bedingungen es den zivilen Autoritäten in einem Staat gelingt, das Militär zu kontrollieren, ist von grundlegender Bedeutung für die Funktionsweise politischer Systeme. Von den philosophischen Überlegungen Platons über die angemessene Rolle der Kriegerklasse in der Polis bis hin zu den sozialwissenschaftlichen Analysen des frühen 21. Jahrhunderts haben sich etliche Analytiker der Politik mit dem Thema auseinandergesetzt. Trotzdem mangelt es bislang an Überblicks- und Einführungswerken, die systematisch die relevante theoretische und empirische Literatur bündeln und für die universitäre Lehre erschließen.

Das vorliegende Lehrbuch soll diese Lücke schließen. Als studienbegleitende Einführung hat es zum Ziel, die politikwissenschaftlich-vergleichende Forschung zu den zivil-militärischen Beziehungen systematisch zusammenzufassen. Es soll dabei vorrangig als Grundlage von Lehrveranstaltungen zum Thema der zivil-militärischen Beziehungen sowie zur Vorbereitung von Examina dienen. Neben den Lehrenden und den zu den hier angesprochenen Themen forschenden Politikwissenschaftlern wendet es sich an studentische Leser, die eine umfassende, systematische und aktuelle Einführung in die theoretischen und empirischen Forschungsfragen der Beziehungen zwischen Militär und Politik erwarten. Die studentische Zielgruppe sind fortgeschrittene BA-Studenten der Politischen Wissenschaft, sowie Master-Studenten in den Bereichen der Vergleichenden Analyse Politischer Systeme, Sicherheitspolitik/Security Studies, Demokratieforschung und Friedens- und Konfliktforschung.

Inhaltlich stehen folgende Fragen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: Unter welchen Bedingungen gelingt es zivilen Autoritäten, ihre Streitkräfte zu kontrollieren und diese Kontrolle zu institutionalisieren? Warum scheitern solche Versuche in manchen Ländern, während sie in anderen politischen Systemen gelingen? Welche Rolle spielt das Militär in Diktaturen und welche in demokratischen Verfassungsstaaten? Welche Herausforderungen prägen das Verhältnis von Militär und Politik in den Regimeübergängen von der Diktatur zur Demokratie? Welche Antworten bieten die Theorien der zivil-militärischen Beziehungen auf diese Fragen und wie überzeugend sind sie?

Es liegt in der Natur einer Einführung, dass sie die aufgeworfenen Fragen nicht abschließend beantwortet. Uns geht es darum, Studierende an jene Grundkenntnisse heranzuführen, die für eine erweiterte, eigenständige Analyse der zivil-militärischen Beziehungen im Rahmen von universitären Lehrveranstaltungen notwendig sind. Daher führt das Lehrbuch zwar umfassend in ein breites Spektrum an Fragestellungen ein, bietet dabei aber möglichst pointiert und problemorientiert Ansatzpunkte für die Einordnung in und die Erweiterung durch die weiterführende Forschungsliteratur.

Aus diesen Zielstellungen ergibt sich die grundsätzliche Gliederung des Buches in einen theoretisch-konzeptionellen und einen empirisch-vergleichenden Teil. Der erste Teil vermittelt das methodische, konzeptionelle und theoretische Rüstzeug zur sozialwissenschaftlichen Analyse der Beziehungen von ziviler Politik und Militär. Die nachfolgenden Abschnitte übertragen die theoretisch-konzeptionellen Diskussionen des ersten Teils auf die zivil-militärischen Beziehungen in reifen und konsolidierten Demokratien (USA, Deutschland, Japan), in „etablierten“ Autokratien (China, Burma, Nordkorea) sowie in den Transformationsstaaten Südeuropas, Lateinamerikas, Osteuropas und Ostasiens. Die Darstellung ist darauf angelegt, dass die Leser die Interaktion zwischen Theorie und Empirie sowie zwischen Konzept und Methode nachvollziehen und in eigener Anwendung einüben können. Durch die vergleichende Darstellung der Fallbeispiele lassen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausarbeiten und deren Auswirkungen auf die konkreten Interaktionen zwischen zivilen Eliten und Militärs betrachten. Zugleich erlaubt der Vergleich auch die kritische Überprüfung der Übertragbarkeit von Konzepten und Theorien. Ein abschließender Teil mit studienpraktischen Hinweisen soll den Studierenden helfen, einen Zugang zum Studium der zivil-militärischen Beziehungen zu finden und Hilfestellungen bei der Recherche von aktueller Literatur und Standardwerken, forschungsbezogenen Zeitschriften und Internetquellen, Datenbanken und Forschungsverbünden bieten.

Zuletzt möchten wir noch jenen danken, die in der einen oder anderen Form zu diesem Projekt beigetragen haben. An erster Stelle sind die Studierenden am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg und der Naval Postgraduate School in Monterey zu nennen, mit denen wir in Lehrveranstaltungen die Thematik des Bandes diskutiert haben. Profitiert haben wir auch von den Diskussionen mit unseren Kollegen im DFG-Forschungsprojekt „Demokratische Transformation und zivile Kontrolle des Militärs: Ein Vergleich junger Demokratien in Nordost-, Südost- und Südasien“, Paul Chambers, Subrata Mitra, Philip Völkel und Siegfried Wolf. Teile des zweiten und fünften Abschnitts haben wir im Oktober 2010 auf einem Workshop in Heidelberg vorgestellt. Für ihre Kommentare danken wir insbesondere Tom Bruneau und David Pion-Berlin. Ganz besonders möchten wir Christian Bruder danken, mit dem wir Kapitel 3.1 verfasst haben. Mitgeholfen haben auch Christina Ecker, Andrea Ficht, Stephan Großkopf, Sabine Mohammed und Thomas Wencker. Ihnen allen sei herzlich gedankt. Verbliebene Fehler gehen zu unseren Lasten.

Inhalt

Vorwort	V
Inhalt	VII
Abbildungsverzeichnis	XI
Tabellenverzeichnis	XII
Verzeichnis der Info-Boxen	XIII
1 Einführung	1
1.1 Militär und Politik als Analysegegenstand der Politikwissenschaft	2
1.2 Historische Entwicklung der politikwissenschaftlichen Militärforschung	5
1.2.1 Die Gründungsphase	5
1.2.2 Die Analyse zivil-militärischer Beziehungen in Entwicklungs- und Schwellenländern	6
1.2.3 Das Militär im Systemwechsel von der Diktatur zur Demokratie	8
1.2.4 Militär und Politik nach dem Ende des Ost-West Konflikts	9
1.3 Der Stellenwert des Themas in der Politikwissenschaft.....	12
1.4 Zu diesem Band.....	14
2 Begriffe, Methoden und Theoretische Ansätze	15
2.1 Grundbegriffe und -konzepte	16
2.1.1 Zivil-militärische Beziehungen	16
2.1.2 Zivile Kontrolle	18
2.1.3 Andere Formen zivil-militärischer Beziehungen.....	23
2.2 Die Anfänge sozialwissenschaftlicher Militärforschung.....	25
2.3 Kulturalistische Ansätze.....	29
2.4 Strukturalistische Ansätze	36
2.5 Rationalistische Ansätze.....	47
2.6 Methodologie der politikwissenschaftlichen Militärforschung	55
2.7 Zusammenfassung.....	59

3	Militär und Politik in etablierten Demokratien	61
3.1	Militär und Politik in den Vereinigten Staaten von Amerika	62
3.1.1	Militär und Politik in den USA vor 1990	63
3.1.2	Militär und Politik seit 1990: Krise der zivil-militärischen Beziehungen?	69
3.1.3	Zivil-militärische Beziehungen im frühen 21. Jahrhundert	74
3.1.4	Fazit	75
3.2	Militär und Politik in Deutschland	76
3.2.1	Militär und Politik vor 1945	77
3.2.2	Neubeginn der zivil-militärischen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland	80
3.2.3	Militär und Politik seit 1990	86
3.2.4	Fazit	97
3.3	Militär und Politik in Japan	98
3.3.1	Zivil-militärische Beziehungen vor 1945	99
3.3.2	Der Neubeginn in den zivil-militärischen Beziehungen nach 1945: Demilitarisierung und Wiederbewaffnung	103
3.3.3	Zivile Kontrolle in Japan	108
3.3.4	Fazit	112
3.4	Vergleich und Analyse	113
4	Militär und Politik in Autokratien	123
4.1	Militär und Politik in der Volksrepublik China	127
4.1.1	Historischer Hintergrund	128
4.1.2	Ausmaß der zivilen Kontrolle über das Militär	129
4.1.3	Mechanismen und Instrumente der zivilen Kontrolle	134
4.1.4	Ausblick	137
4.2	Militär und Politik in Burma/Myanmar	139
4.2.1	Historischer Hintergrund	139
4.2.2	Das Militär als Herrscher	141
4.2.3	Mechanismen und Instrumente der Kontrolle über das Militär	145
4.2.4	Ausblick	147
4.3	Militär und Politik in Nordkorea	148
4.3.1	Historischer Hintergrund	149
4.3.2	Ausmaß der zivilen Kontrolle über das Militär	151
4.3.3	Mechanismen und Instrumente der zivilen Kontrolle	154
4.3.4	Ausblick	156
4.4	Vergleich und Analyse	158
4.4.1	Vergleich	159
4.4.2	Analyse	161

5	Militär und Politik in neuen Demokratien	167
5.1	Militär und Politik in Südeuropa	170
5.1.1	Portugal: Militär und Politik während und nach der Nelkenrevolution.....	170
5.1.2	Griechenland: Zivile Kontrolle nach dem Kollaps des „nicht-hierarchischen“ Militärregimes	172
5.1.3	Spanien: Ausgehandelte Transition und die Institutionalisierung ziviler Kontrolle	174
5.1.4	Fazit.....	176
5.2	Militär und Politik in Lateinamerika	177
5.2.1	Historische Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen	178
5.2.2	Das Militär im Übergang zur Demokratie	180
5.2.3	Militär und Politik in der Demokratie	184
5.2.4	Fazit.....	189
5.3	Militär und Politik in Osteuropa.....	193
5.3.1	Die Besonderheiten der zivil-militärischen Beziehungen im kommunistischen Osteuropa	196
5.3.2	Das Militär im Übergang zur Demokratie	198
5.3.3	Konsolidierung der Demokratie und zivil-militärische Beziehungen	202
5.3.4	Fazit.....	209
5.4	Militär und Politik in Ostasien	212
5.4.1	Das Militär in der Autokratie	213
5.4.2	Das Ausmaß der zivilen Kontrolle	216
5.4.3	Zivile Strategien im Umgang mit dem Militär	221
5.4.4	Fazit.....	223
5.5	Vergleich und Analyse	224
6	Studienpraktische Hinweise	235
	Literaturverzeichnis	247
	Personenregister	293
	Sachregister	295

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.1: Anzahl der Militärputsche zwischen 1960 und 2006.....	7
Abb. 1.2: Veränderung der Militärausgaben und Mannschaftsstärke der Streitkräfte in ausgewählten NATO-Staaten sowie Russland zwischen 1990 und 2003	10
Abb. 2.1: Teilbereiche ziviler Kontrolle.....	20
Abb. 3.1: Gesamtzahl des Militärpersonals und Anteil der Militärausgaben am Bundeshaushalt in Prozent, 1801-2009	66
Abb. 3.2: Einberufungen zum Grundwehrdienst und Zivildienst, 1961-2009.....	96
Abb. 3.3: Entwicklung der Verteidigungsausgaben in Japan (1955-2009)	107
Abb. 3.4: Entwicklung der japanischen Verteidigungsausgaben absolut (1955-2009)	108
Abb. 4.1: Anteil der Vertreter der Streitkräfte im Zentralkomitee und Politbüro der KPCh	132
Abb. 5.1: Elektorale Demokratien, 1974-2011	168
Abb. 5.2: Militärputsche in Lateinamerika, 1900-2000.....	177
Abb. 5.3: Lateinamerika auf dem Kontinuum zivil-militärischer Beziehungen, um 2010..	185
Abb. 5.4: Anteil von aktiven und ehemaligen Militärs in Kabinett und Senat (Thailand, 1932-2010)	219
Abb. 5.5: 42 Demokratien auf dem Kontinuum zivil-militärischer Beziehungen, um 2010	225
Abb. 5.6: Entwicklung der Militärausgaben in Lateinamerika (1988-2008).....	227
Abb. 5.7: Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform und Vertrauen in das Militär (Prozent der Befragten, regionale Durchschnitte)	231

Tabellenverzeichnis

Tab. 2.1: Vier Typen des Professionalismus im Vergleich	35
Tab. 2.2: Zusammenhang von Politischer Kultur, Legitimität und Militärintervention	37
Tab. 2.3: Bedrohungslage und Bedingungen ziviler Kontrolle	41
Tab. 2.4: Analysemethode und Fallzahl	56
Tab. 2.5: Vergleich Fallzahl und Variablenzahl	57
Tab. 2.6: Fallauswahl	58
Tab. 3.1: Aktuelle Auslandseinsätze der Bundeswehr (Stand August 2010)	90
Tab. 3.2: Bedrohungslage und zivile Kontrolle in den USA, Deutschland und Japan	115
Tab. 5.1: Elitentyp und Transitionsmodus in Lateinamerika (dritte Demokratisierungswelle).....	181
Tab. 5.2: Militärerhebungen in Lateinamerika, 1950-2004	191
Tab. 5.3: Postkommunistische Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der GUS ...	194
Tab. 5.4: Transitionsmodus und Typ des Regierungssystems	199
Tab. 5.5: Militärausgaben und Wehrsysteme in den postkommunistischen Staaten	203
Tab. 5.6: Anteil ehemaliger Militärs in wichtigen Institutionen (Südkorea, 1963-2002)...	217
Tab. 5.7: Transitionsmodus und dominanter Elitentyp im autoritären Regime	228

Verzeichnis der Info-Boxen

Info-Box 2.1: Das strukturfunktionalistische Systemmodell der Gesellschaft	17
Info-Box 2.2: Das Politische System	18
Info-Box 2.3: Demokratie und Autokratie	22
Info-Box 2.4: Inkompatibilitätstheorem	26
Info-Box 2.5: The American Soldier	29
Info-Box 2.6: Politische Institutionen	42
Info-Box 2.7: Parlamentarische und Präsidentsche Regierungssysteme	43
Info-Box 2.8: Rationalistische Theorien	47
Info-Box 3.1: Wehrverfassung und Wehrsystem	77
Info-Box 3.2: Zivil-militärische Beziehungen in sozialistischen Staaten	88
Info-Box 3.3: Wehrpflicht- und Freiwilligensysteme	92
Info-Box 3.4: Autoritäre und Totalitäre Herrschaft	102
Info-Box 4.1: Direkte und indirekte Militärherrschaft	142
Info-Box 5.1: Defekte und liberale Demokratien	168
Info-Box 5.2: Sequenzen und Phasen der demokratischen Transformation	169
Info-Box 5.3: Varianten des Semi-Präsidentalismus	205

1 Einführung

Dieses Buch bietet eine politikwissenschaftliche Einführung in das Forschungsfeld Militär und Politik. Die Analyse der Strukturen, Prozesse und Politikergebnisse der Interaktion zwischen den Streitkräften und den Institutionen und Akteuren des politischen Systems ist eines von mehreren Teilgebieten der zivil-militärischen Beziehungen, ein Begriff, der im weitesten Sinne die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Streitkräften und ihren einzelnen Mitgliedern sowie allen nichtmilitärischen Teilsystemen der Gesellschaft, insbesondere Ökonomie, Kultur, Recht, Technologie und Politik, umfasst.

Das Verständnis von Militär, das den Darstellungen und Analysen in diesem Band zugrunde liegt, orientiert sich an der klassischen und für große Teile der sozialwissenschaftlichen Literatur gültigen, engen Definition. Der Begriff beschreibt jene sozialen Organisationen, die in einem Staat zur Erreichung politischer Ziele beitragen sollen, indem sie bewaffnete Gewalt androhen oder anwenden. Als Orientierungsmaßstab dienen die Erscheinungsformen von Streitkräften, wie sie für moderne Nationalstaaten in westlichen Gesellschaften typisch sind. Zu ihren Definitionsmerkmalen gehören (Edmonds 1988; Kümmel 2005):

1. die Monopolisierung der Verfügungsgewalt über Kriegswaffen;
2. die Landesverteidigung vor allem, aber nicht ausschließlich, nach außen als strukturbestimmende Kernfunktion;
3. die Bindung an eine übergeordnete, staatliche Autorität.

Diese Definition grenzt die Streitkräfte von anderen Organen der Staatsbürokratie ab und schließt andere bewaffnete Gruppierungen aus, die zwar nach dem Vorbild militärischer Verbände organisiert sind, aber nicht an die übergeordnete staatliche Autorität gebunden und über sie legitimiert sind, wie beispielsweise Bürgerkriegsarmeen, Widerstandsgruppen, Guerillaverbände oder terroristische Organisationen. Sie erfasst zudem nur einen Ausschnitt jener Strukturen und Institutionen des staatlichen Gewaltapparats, die in der neueren Forschung als „Sicherheitssektor“ oder „Sicherheitsbereich“ (*security sector*) umschrieben werden. Zum Sicherheitssektor zählen neben den uniformierten Streitkräften sowie Sondertruppen und den nicht uniformierten Mitgliedern der bewaffneten Dienste auch nicht-militärische Organisationen wie die zivilen Nachrichtendienste, Polizei und Strafvollzugseinrichtungen sowie alle zivilen politischen Institutionen in Verwaltung, Regierung, Parlament und Justiz eines Landes, sofern sie an der Formulierung, Implementierung oder Überprüfung verteidigungs- und sicherheitspolitischer Funktionen beteiligt sind (Forster 2002: 86f.).

Die Untersuchung der zivil-militärischen Beziehungen erlebt derzeit eine Renaissance (Born et al. 2004). Die Ursachen hierfür sind vielfältig, vier Gründe sind gesondert hervorzuheben (Bland 1999; Kümmel 2002; Bredow 2008; Bruneau/Trinkunas 2008):

1. der demokratische Wandel in Ost- und Südosteuropa;
2. die Neuordnung der zivil-militärischen Beziehungen in zahlreichen jungen Demokratien;
3. die in den USA mit uneinheitlichen Befunden geführte Diskussion um die Wirksamkeit demokratischer Kontrolle über die Streitkräfte;
4. der Wandel der sicherheitspolitischen Problemlagen nach dem Ende des Ost-West Konflikts.

Die Analyse der zivil-militärischen Beziehungen ist kein Alleinstellungsmerkmal der Politikwissenschaft. Im Gegenteil: Die sozialwissenschaftliche Militärforschung ist bislang vor allem eine Domäne der Soziologie. Als eigenständiges Teilgebiet der Politikwissenschaft – vergleichbar mit der Militärsoziologie – gibt es die Militärforschung nicht. Vielmehr ist sie in der Schnittmenge von Vergleichender Politikwissenschaft, Internationalen Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung, Politikfeldanalyse und politikwissenschaftlichen Regionalstudien angesiedelt. Sie hat zudem zahlreiche Berührungspunkte mit den Nachbardisziplinen wie der Soziologie und den Geschichtswissenschaften.

Die folgenden einleitenden Ausführungen werden durch vier Argumentationsschritte strukturiert. Im ersten Schritt wird die politikwissenschaftliche Bedeutung des Analysefelds „Militär und Politik“ begründet. Anschließend skizzieren wir die Etappen seiner Entwicklung. Drittens beleuchten wir knapp die Stellung der politikwissenschaftlichen Militärforschung. Abschließend wird die Fragestellung, die Vorgehensweise und die Struktur des Bandes entfaltet.

1.1 Militär und Politik als Analysegegenstand der Politikwissenschaft

Die moderne Militärorganisation ist das Ergebnis des Staatsbildungsprozesses, der die europäische Geschichte vom 16. bis zum 19. Jahrhundert prägte. Dieser Prozess war durch eine umfassende Monopolisierung und Zentralisierung von Verwaltung, Rechtssetzung, Rechtsprechung und Gewaltausübung geprägt (Anter 2003: 36). Der moderne Staat entstand als Sicherheitsagent. Folgt man Max Weber, dann ist die Monopolisierung der Gewalt das entscheidende Kriterium, das den modernen Staat von anderen Formen der politischen Organisation unterscheidet.¹ Das Leitmotiv der Sicherheit war zunächst auf den grundlegenden Zweck der Gefahrenabwehr nach innen und außen und auf den Schutz vor Gewaltausübung gerichtet (ebd.: 39). Dem Militär kam in der Staatsbildung die Funktion zu, den Machtanspruch der staatlichen Elite nach innen durchzusetzen und nach außen abzusichern. Im Zuge der parallel dazu ablaufenden Nationsbildung übernahm das Militär auch integrative und symbolische Funktion. Als „Schule der Nation“ waren die Streitkräfte ein Instrument der von

¹ In der klassischen Definition von Weber ist der Staat „ein politischer *Anstaltsbetrieb* [...] wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das *Monopol legitimen* physischen Zwangs für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt“ (Weber 1984: 91; Herv. i. O.). Legitim bedeutet in diesem Zusammenhang lediglich, dass sich das staatliche Monopol physischen Zwangs im Prinzip rechtfertigen lässt, nicht, dass jede staatliche Handlung im empirischen oder normativen Sinne legitim wäre (Lauth/Wagner 2006: 22).

oben erzwungenen Homogenisierung heterogener Bevölkerungsgruppen. Indem der (männlichen) Bevölkerung eines Landes bestimmte Fähigkeiten antrainiert und Werte vermittelt wurden, trug das Militär dazu bei, Bauern in loyale Bürger (Frankreich) oder Untertanen (Deutschland) zu verwandeln (Tilly 1975). Damit veränderte sich auch das Verhältnis der Gesellschaft zum Militär. Die „unteren Klassen hatten Armeen bislang entweder als marodierende Truppen kennen gelernt oder als eine Art mobiles Gefängnis, in das betrunken gemachte Bauernjungen gepresst wurden. Oder sie kamen mit dem Militär in Berührung, wenn es Aufstände im Inneren blutig niederschlug“ (Kantner/Sandawi 2005: 32). Nun wurden Armee und Soldatentum zu öffentlich inszenierten nationalen Symbolen.

Funktion und Stellenwert des Militärs haben sich im 20. Jahrhundert stetig gewandelt. Seine Bedeutung als moralische und politische Anstalt, als Sozialisationsinstanz zur Vermittlung einer republikanischen Gesinnung und als Symbol nationaler Identität hat zumindest in den demokratisch verfassten „postheroischen“ Gesellschaften (Münkler 2006) des Westens stetig nachgelassen. Auch in anderen Weltregionen haben politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse teils dramatische Auswirkungen auf das Verhältnis von Streitkräften und Gesellschaft. Gleichwohl bleibt das Militär auch im frühen 21. Jahrhundert ein zentrales Symbol und materielles Grundelement moderner Staatlichkeit. Der Blick auf die Empirie belegt dies: Im Juli 2010 hatten nur 24 von 192 Staaten, die als Vollmitglied den Vereinten Nationen angehören, keine ständigen Streitkräfte.² Damit ist das Verhältnis von Militär und Politik auch aktuell ein grundsätzliches und wesentliches Ordnungsproblem moderner Gesellschaften, und zwar unabhängig davon, ob diese demokratisch oder autokratisch regiert werden. Der besondere Stellenwert des Themas für die Politikwissenschaft ergibt sich spezifisch aus drei Problembereichen in den zivil-militärischen Beziehungen:

1. Zum einen ist die *zivil-militärische Problematik* zu nennen. Moderne Gesellschaften geben sich im Zuge der funktionalen Differenzierung und Spezialisierung eine militärische Organisation, um gegen existenzielle Bedrohungen geschützt zu sein. Zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben verfügen Streitkräfte über Zwangsmittel, die sie auch dazu einsetzen können, um den eigenen Willen gegenüber der Regierung und Gesellschaft durchzusetzen. Im Zentrum der zivil-militärischen Problematik steht damit die zentrale Herausforderung, dass zum einen das Militär stark genug sein muss, um die ihm übertragenen Aufgaben zu erfüllen, zum anderen aber gewährleistet sein muss, dass sich das Militär der Autorität der zivilen Staatsführung unterordnet und nur das tut, was ihm aufgetragen wird (Feaver 1996: 149). Diese Problematik wird in der Forschung vorrangig unter dem Aspekt diskutiert, Interventionen des Militärs in der Innenpolitik zu verhindern und die „zivile Kontrolle“ des Militärs durch die politischen Institutionen und Entscheidungsträger zu sichern.³

² Dies sind Andorra, Costa Rica, Dominica, Grenada, Haiti, Island, Kiribati, Liechtenstein, Marshall Inseln, Mauritius, Föderierte Staaten von Mikronesien, Monaco, Montenegro, Nauru, Palau, Panama, Saint Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Samoa, San Marino, Solomoninseln, Tuvalu, Vanuatu sowie – im Sinne unserer Definition – Somalia, da die staatliche Zentralgewalt fehlt (CIA 2010).

³ „Zivile“ politische Kontrolle ist nicht gleichzusetzen mit demokratischer Kontrolle, wie der Blick auf die historischen Fälle der kommunistischen Einparteiensysteme in Osteuropa und die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland sowie, aktuell, einige autoritäre Systeme im pazifischen Asien belegt.

2. Zum anderen ist das *zivil-militärische Paradox* der demokratischen Gesellschaft (Born/Metselaar 1999) anzuführen: Demokratien verlassen sich auf den Schutz einer grundsätzlich undemokratisch organisierten Institution. Aus der spezifischen Aufgabenstellung an das Militär ergeben sich Organisationszwänge („funktionaler Imperativ“), die allen Streitkräften gemeinsam sind und eine Reihe von strukturellen Eigenheiten („specificité militaire“, vgl. Boëne 1990) nach sich ziehen. Neben einer streng hierarchischen Zentralisierung sowie der hohen Formalisierung und Ritualisierung von Handlungsabläufen, betrifft dies die Institutionalisierung bestimmter Sozialisationsmechanismen und Abgrenzungen von der zivilen Umwelt, welche dem Militär Züge einer „totalen Institution“ verleihen.⁴ Politikwissenschaftlich relevant ist dieses Paradox vor allem aufgrund der gesellschaftspolitischen Fragestellungen, die sich hieraus ergeben, beispielsweise wie Wehrstrukturen und militärische Organisationsformen beschaffen sein sollten, um das Militär angemessen in den demokratischen Prozess und die demokratische Gesellschaft zu integrieren. Die wissenschaftliche Literatur bietet hierzu verschiedene Antworten, und auch der vergleichende Blick in die Empirie lässt zahlreiche Unterschiede zwischen den Staaten erkennen.
3. Drittens schließlich ist das *Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der zivilen Suprematie und den Grundsätzen der Effektivität und Effizienz von Sicherheits- und Militärpolitik* zu erwähnen. In demokratischen Verfassungsstaaten sind alleine die durch Wahlen legitimierten politischen Autoritäten im Rahmen der verfassungs- und rechtsstaatlichen Grenzen dazu befugt, bindende Entscheidungen im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu treffen (Kemp/Hudlin 1992). Zugleich ist das Militär aber kein Selbstzweck, sondern immer Mittel zur Zielerreichung: Streitkräfte werden aufgestellt, um Staat und Gesellschaft vor äußeren (mitunter auch inneren) Bedrohungen zu schützen. Selbst in politischen Systemen, in denen alle verteidigungspolitischen Entscheidungen unter Aufsicht der gesetzgebenden Körperschaft getroffen werden, sind Konflikte zwischen Politik und Militär keine Seltenheit. Auch in demokratischen Verfassungsstaaten hat die Militärführung eine beratende sicherheitspolitische Funktion. Dabei kann es dazu kommen, dass selbst fest in der demokratischen Wertekultur integrierte Militärs andere Vorstellungen darüber haben, welche Maßnahmen und Entscheidungen im Einklang mit den politischen Zielen und wirtschaftlichen Ressourcen der Gesellschaft stehen, als gewählte Regierungen und Parlamente. Die sich daraus ergebenden Probleme wie Informationsasymmetrien zwischen Militär und zivilen Entscheidungsträgern, Umgehung oder „Dehnung“ von politischen Vorgaben und „weiche“ Formen des militärischen Ungehorsams werden vor allem in neueren vertretungstheoretischen (Feaver 2003) und institutionalistischen Ansätzen (Bruneau/Tollefson 2008; Bruneau/Trinkunas 2008) diskutiert.

⁴ Der Begriff der „totalen Institution“ geht auf den Soziologen Erving Goffman zurück, der sie anhand von vier Merkmalen definiert: 1. In totalen Institutionen spielt sich das ganze Leben (Arbeit, Freizeit, Schlaf) am selben Ort und unter derselben Autorität ab. 2. Die Mitglieder totaler Institutionen verbringen den ganzen Tag in unmittelbarer Nähe einer großen Zahl von Schicksalsgenossen. 3. Der ganze Tagesablauf ist streng geregelt. 4. Totale Institutionen geben vor, einem rationalen Plan zu folgen, der dazu dienen soll, ein bestimmtes offizielles Ziel zu erreichen. Als Beispiele für Totale Institutionen nennt Goffman u. a. psychiatrische Kliniken, Gefängnisse, Kloster und das Militär (Goffman 1973). Offensichtlich unterscheidet sich der Soldatenalltag in vielen westlichen Ländern heute teils deutlich von dieser Charakterisierung. Charles Moskos hat diese Veränderungen in seinem „Institution/Occupation-Model“ (I/O-Modell) diskutiert (Moskos 1977).

1.2 Historische Entwicklung der politikwissenschaftlichen Militärforschung

Die Beschäftigung mit den zivil-militärischen Beziehungen im weitesten Sinne hat eine lange Tradition in der politischen Philosophie und Gesellschaftstheorie. Sie beginnt im 4. vorchristlichen Jahrhundert bei Platon (427-347 v. Chr.) und seinen Überlegungen im dritten Buch der „Politeia“ zur Gefährdung der Polis durch die „Wächter“ (d.h. die Krieger oder Soldaten), welche versucht sein könnten, sich zum eigenen Vorteil des Staates zu bemächtigen. Etwa achtzehnhundert Jahre später knüpfte Machiavelli (1469-1527) im „Il Principe“ an diese Überlegungen an und reflektiert darüber, welche Form der Militärorganisation (ein stehendes Heer oder Söldnertruppen) der Fürst wählen soll. Wiederum etwa zweihundertfünfzig Jahre später beschäftigte sich der schottische Moralphilosoph und Nationalökonom Adam Smith (1723-1790) in seinem Hauptwerk „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“ mit den Beziehungen zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung eines Staates und dem Militär. Die Anfänge der modernen sozialwissenschaftlichen Militärforschung finden sich schließlich in den gesellschaftstheoretischen Überlegungen von Auguste Comte (1798-1857) und Herbert Spencer (1820-1903) sowie in den soziologischen Betrachtungen von Max Weber (1864-1920).

Eine genuin politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld von Militär und Politik beginnt jedoch erst in den 1950er Jahren. Vier Entwicklungsphasen sind zu unterscheiden. Der Beginn der einzelnen Etappen hat jeweils mehrere Gründe, die entscheidende Ursache findet sich im Wandel der gesellschaftlichen und (welt-) politischen Bedingungen sowie in der Anpassung der Sozialwissenschaften an diese Entwicklungen.

1.2.1 Die Gründungsphase

Eine erste Hochphase erlebte die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Militär in den 1950er Jahren. Anlass hierfür waren die Erfahrungen der amerikanischen Gesellschaft mit dem Aufkommen einer neuen, „totalen“ Form des Krieges während des Zweiten Weltkriegs sowie die Herausforderung der westlichen Demokratie durch die nukleare Konfrontation mit den kommunistischen Diktaturen des Warschauer Paktes.

Anders als die sich zur gleichen Zeit etablierende Militärsoziologie (Leonhard/Werkner 2005) galt das Erkenntnisinteresse der Politikwissenschaft nicht primär der Erforschung des Militärs als bürokratischer Organisation, dem Einfluss der Streitkräfte auf gesellschaftliche Strukturen und Schichtenbildung oder der Bedeutung für das Entstehen und den Wandel sozialer Eliten. Die frühen Schriften der politikwissenschaftlichen Militärforschung kreisten vielmehr um die Frage, wie das Verhältnis von Streitkräften und Politik strukturiert sein sollte, um unter den veränderten Bedingungen des Kalten Krieges ein Höchstmaß an nationaler Sicherheit zu produzieren und zugleich sicherzustellen, dass die Streitkräfte ein Instrument der demokratisch gewählten Führung des Staates bleiben. Harold Lasswell verwarf in seinem 1941 erschienenen Artikel über den „Garnisonsstaat“ (*garrison state*) die Möglichkeit eines solchen stabilen Gleichgewichts der zivil-militärischen Beziehungen. Stattdessen